Volksabstimmung vom 2. Juni 1991

Erläuterungen des Bundesrates

Worum geht es?

Neuordnung der Bundesfinanzen

Abstimmungstext S. 10-15
Erläuterungen S. 2-9

Revision des Militärstrafrechts
Das Militärstrafrecht soll revidiert werden, damit Dienstver-weigerer aus Gewissensgründen inskünftig zu keinen Ge-fängnisstrafen mehr verurteilt werden. Sie müssen aber eine Arbeitsleistung im öffentlichen Interesse erbringen, die in der Regel anderthalbmal so lange dauert wie der verweigerte Militärdienst.

Abstimmungstext S. 21-23
Erläuterungen S. 17-20
Die Neuordnung der Bundesfinanzen besteht aus drei Teilen:

- Revision der Finanzordnung des Bundes
- Revision der Stempelabgaben
- Neuer Tarif für die Besteuerung der juristischen Personen (Kapitalgesellschaften, Genossenschaften) bei der direkten Bundessteuer

Die Stimmberechtigten haben sich am 2. Juni lediglich zum ersten Teil zu äußern. Die andern beiden Neuerungen treten jedoch nur in Kraft, wenn dieser angenommen wird.

Die wichtigsten Änderungen in der Verfassung

- Die heutige Warenumsatzsteuer soll einer grundlegenden Reform unterzogen werden: Investitionen werden entlastet, Dienstleistungen und Energieträger neu unterstellt; für Güter des täglichen Bedarfs gilt ein reduzierter Steuersatz; gleichzeitig soll eine neue Erhebungsmethode, die sogenannte Mehrwertsteuer, eingeführt werden.
- Die Befristung der direkten Bundessteuer und der Umsatzsteuer in der Bundesverfassung wird aufgehoben.
- Zur Sicherung der AHV-Renten kann das Parlament für eine befristete Zeit einen Zuschlag zur Umsatzsteuer beschliessen.
- Die Zölle auf Mineralölen und Automobilen werden in Verbrauchssteuern umgewandelt.

Was bleibt gleich?

- Die Höchstsätze für die direkte Bundessteuer und für die Umsatzsteuer bleiben unverändert. Sie sind weiterhin in der Bundesverfassung verankert.
- Gesamthaft gesehen bringt die neue Finanzordnung keine namhaften Mehreinnahmen. Aus der Revision der Stempelabgaben erwachsen dem Bund vorübergehend sogar Einnahmeneinfälle.
Ausgangslage

Der Bund kann seine vielfältigen Aufgaben nur erfüllen, wenn er über die notwendigen Mittel verfügt. Knapp mehr als die Hälfte seiner Einnahmen stammen heute aus der direkten Bundessteuer (19,3%) und aus der Warenumsatzsteuer (31,6%). Die Verfassungsgrundlage für diese Steuern ist bis Ende 1994 befristet und muss deshalb erneuert werden.

Zudem weist die bisherige Warenumsatzsteuer verschiedene Mängel auf. Sie wird den heutigen wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht mehr gerecht. Insbesondere benachteiligt sie durch die Besteuerung der Investitionen die Wirtschaft, die einem immer härteren internationalen Wettbewerb ausgesetzt ist. Unzeitgemäss ist auch die Steuerbefreiung des gesamten Dienstleistungsbereiches und der meisten Energieträger.

Mit der Erneuerung der Verfassungsgrundlage drängt sich deshalb eine Neuordnung der Bundesfinanzen auf. Der Zeitpunkt für eine Reform ist günstig. Der Bund schreibt seit 1986 wieder schwarze Zahlen. Der Bundeskasse müssen also keine neuen Einnahmequellen erschlossen werden. Auch unter der neuen Finanzordnung wird der Bund zur Sparsamkeit gezwungen sein.

Bundesrat und Parlament schlagen die Abschaffung der bisherigen Warenumsatzsteuer und die Einführung einer modernen Umsatzsteuer (der sogenannten Mehrwertsteuer) vor. Diese besteuert ausschliesslich den Konsum von Waren und Dienstleistungen und entlastet die Produktion. Das bringt eine sinnvolle Harmonisierung mit den anderen europäischen Ländern, in denen sich die Mehrwertsteuer bewährt hat.

Bundesrat und Parlament wollen mit der Neuordnung in erster Linie die internationale Konkurrenzzfähigkeit unserer Wirtschaft stärken und störende Wettbewerbsverzerrungen beseitigen. Die Höchstsätze für die direkte Bundessteuer und für die neue Umsatzsteuer werden nicht erhöht und bleiben in der Verfassung verankert.
Die wichtigsten Bundesaufgaben (Voranschlag 1991)

Total Ausgaben 33 829 Mio

Soziale Wohlfahrt 7654 Mio 22.6%
Verkehr 5386 Mio 15.9%
Bildung und Grundlagenforschung 2610 Mio 7.7%
Landwirtschaft und Ernährung 2684 Mio 7.9%
Übrige Aufgaben 3373 Mio 10.0%
Finanzen und Steuern 4289 Mio 12.7%
Beziehungen zum Ausland 1676 Mio 5.0%

Die wichtigsten Bundeseinnahmen (Voranschlag 1991)

Total Einnahmen 33 902 Mio

WUST 10 700 Mio 31.6%
Treibstoffzölle 3180 Mio 9.4%
Einfuhrzölle 1209 Mio 3.6%
Übrige Fiskalreinnahmen 1865 Mio 5.5%
Andere Einnahmen 4048 Mio 11.9%
Stempelabgaben 2400 Mio 7.1%
Verrechnungssteuer 3950 Mio 11.6%
Direkte Bundessteuer 6550 Mio 19.3%
Die vorgeschlagene Neuordnung der Bundesfinanzen ist sinnvoll, wirtschaftlich notwendig und politisch ausgewogen. Die Steuerreform verbessert die Rahmenbedingungen unserer Wirtschaft, ohne die globale Steuerbelastung zu erhöhen. Insbesondere befürwortet der Bundesrat die Finanzreform aus folgenden Gründen:

Veraltete Warenumsatzsteuer
Die heutige Warenumsatzsteuer weist Mängel auf: Sie wird den neuen Anforderungen und Entwicklungen des Wirtschaftslebens nicht mehr gerecht. Vor allem führt sie zu Mehrfachbesteuerungen, da auch die Sachaufwendungen der Unternehmen (die für die Produktion benötigten Anlagegüter und Betriebsmittel) besteuert werden. Dadurch werden die Produkte verteuert. Andererseits sind heute sämtliche Dienstleistungen von der Warenumsatzsteuer befreit, obwohl diesem Sektor in unserer Volkswirtschaft eine immer größere Bedeutung beizumessen ist.

Eine zeitgemässe Umsatzsteuer
Die neue Finanzordnung schlägt nun eine zeitgemässe Umsatzsteuer, die sogenannte Mehrwertsteuer, vor. Sie vermeidet Mehrfachbesteuerung und bietet so unseren Unternehmen, deren Produkte bisher auf den in- und ausländischen Märkten steuerlich benachteiligt waren, bessere Rahmenbedingungen. Damit sichert sie Arbeitsplätze. Unsere westeuropäischen Handelspartner und Konkurrenten praktizieren die Mehrwertsteuer seit langem mit Erfolg. Die Harmonisierung mit der internationalen Steuerpraxis verbessert die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft. Unverändert bleibt der Höchstsatz der Umsatzsteuer. Mit 6,2 Prozent liegt er deutlich tiefer als in anderen europäischen Staaten. So beträgt der Normalsatz beispielsweise in Deutschland 14%, in Frankreich 18,6% und in Italien 19%.

Ausgewogene Besteuerung der Dienstleistungen
Wie funktioniert die Mehrwertsteuer?


Ein Beispiel zur Veranschaulichung:

**Quartalsabrechnung**

Verkäufe an Kunden (Umsatz): Fr. 100’000.—
   davon Mehrwertsteuer von 6,2% 6200
Einkäufe bei Lieferanten: Fr. 50’000.—
   davon Abzug der Vorsteuern von 6,2% – 3100

**Geschuldete Steuer**

3100

Vereinfacht kann man die Mehrwertsteuer auch so darstellen:

![Diagramm](image)

Nagel rechts für ausgehende Rechnungen (Verkäufe), Nagel links für einkaufende Rechnungen (Einkäufe); am Ende jedes Quartals berechnet das Unternehmen die Differenz zwischen den Steuern auf Verkäufen und den Steuern auf Einkäufen, und schon ist die Abrechnung fertig.
Gezielte Ausnahmen und Erleichterungen
Um den administrativen Aufwand zu beschränken, sind gewisse Ausnahmen vorgesehen: So sollen etwa Kleinstbetriebe, aber auch sämtliche Landwirtschafts- und Forstbetriebe von der Steuer befreit bleiben. Für Güter des täglichen Bedarfes wie Nahrungsmittel, Medikamente, Bücher und Zeitungen gilt der niedrige Steuersatz von 1,9 Prozent. Im Ausland sind auch für diese Waren die Mehrwertsteuersätze bedeutend höher.

Eine dauerhafte Lösung
Mit der Neuordnung sollen die direkte Bundesteuer und die Umsatzsteuer in der Bundesverfassung nicht mehr befristet werden. Der Bund ist auf diese beiden wichtigsten Einnahmequellen angewiesen. Der Verzicht auf die Befristung ist allerdings kein Freipass für Steuererhöhungen. Die Höchstsätze der direkten Bundessteuer und der Umsatzsteuer bleiben unverändert in der Verfassung verankert. Wenn der Bund diese Steuern erhöhen will, muss er auch in Zukunft Volk und Stände befragen.

Zusätzliche Absicherung der AHV
Der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung wird für unsere Sozialwerke zusätzliche Unsicherheiten bringen. Finanzielle Engpässe drohen insbesondere dann, wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung spürbar verlangsamen sollte. Um die AHV- und IV-Renten zu sichern, kann das Parlament in solchen Fällen die Umsatzsteuer um maximal 1,3 Prozentpunkte erhöhen. Dieser Zuschlag wäre zeitlich zu befristen, und das Referendum könnte dagegen ergriffen werden.

Umwandlung der Auto- und Mineralölzölle

Aus all diesen Gründen empfehlen Bundesrat und Parlament, der neuen Finanzordnung zuzustimmen.
Ein politisch ausgewogenes Gesamtpaket

Die neue Finanzordnung darf als politisch ausgewogene Vorlage bezeichnet werden. Im Sinne eines echten Kompromisses mussten alle Kreise von ihren Maximalforderungen abrücken. Als Ergebnis der parlamentarischen Behandlung resultierte letztlich eine Steuerreform, welche die fiskalischen Rahmenbedingungen der Wirtschaft spürbar verbessert, ohne die globale Steuerbelastung zu erhöhen.


Revision der Stempelabgaben


Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer

Das Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer stimmt die Grundsätze der Steuererhebung mit jenen der kantonalen und kommunalen Steuern ab. Für die juristischen Personen, d.h. Kapitalgesellschaften und Genossenschaften, erfolgt die Besteuerung neu für eine einjährige Steuerperiode. Der bisherige, von der Rendite abhängige Dreistufentarif wird durch einen ertragsneutralen Proportionalsatz von 8 Prozent ersetzt.
Umstrittene Punkte im Parlament

Obwohl die grosse Mehrheit des Parlaments der neuen Finanzordnung zugestimmt hat, gab es auch kritische Stimmen, vor allem wegen der fehlenden Entlastungen bei der direkten Bundessteuer, des Verzichts auf die Befristung der Finanzordnung, der Möglichkeit eines AHV-Zuschlags und der Mehrbelastung der Konsumenten.


Andere stiessen sich an der Tatsache, dass die Bundessteuern nicht mehr nur für eine gewisse Zeit in der Verfassung verankert sind. Auch hier war aber die Mehrheit des Parlaments der Meinung, der Bund könne nicht auf diese Einnahmen verzichten und eine Befristung sei deshalb nicht sinnvoll, umso weniger als weitere Reformen bei einer sachlichen Notwendigkeit jederzeit möglich sind.

Ferner wurde der AHV-Zuschlag als Fremdkörper bezeichnet. Dieser bescheidene Zuschlag ist aber einer Erhöhung der Lohnprozente vorzuziehen.

Bundesbeschluss
über die Neuordnung der Bundesfinanzen

vom 14. Dezember 1990

I

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 36ter Abs. 1 Einleitung und Abs. 2

1 Der Bund verwendet die Hälfte des Reinertrages der Mineralölsteuer auf Treibstoffen und den ganzen Ertrag eines Mineralölsteuerrabzugs wie folgt für Aufgaben im Zusammenhang mit dem Strassenverkehr:

... 

2 Soweit der Ertrag des zweckgebundenen Teils der Mineralölsteuer zur Sicherstellung der in Absatz 1 genannten Aufgaben nicht ausreicht, erhebt der Bund einen Mineralölsteuerrabzug.

Art. 41ter Abs. 1, 2, 3, 3bis und 4

1 Der Bund kann ferner folgende Steuern erheben:
   a. eine Umsatzsteuer;
   b. besondere Verbrauchssteuern auf dem Umsatz und der Einfuhr von Waren der in Absatz 4 genannten Art;
   c. eine direkte Bundessteuer.

2 Umsätze, die der Bund mit einer Steuer nach Absatz 1 Buchstabe a oder b belastet oder steuerfrei erklärt, dürfen von den Kantone und Gemeinden keiner gleicharteten Steuer unterstellt werden.

3 Die Umsatzsteuer nach Absatz 1 Buchstabe a kann auf dem Umsatz von Waren und Leistungen sowie auf der Einfuhr erhoben werden. Die Steuer beträgt höchstens 6,2 Prozent.

3bis Ist wegen der demographischen Entwicklung die Finanzierung der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge nicht mehr gewährleistet, so kann zu deren Sicherstellung mit einem dem Referendum unterstellten Bundesbeschluss der Steuersatz der Umsatzsteuer vorübergehend um höchstens 1,3 Prozentpunkte angehoben werden.
4 Besondere Verbrauchssteuern nach Absatz 1 Buchstabe b können erhoben werden:
   a. auf Erdöl, anderen Mineralölen, Erdgas und den bei ihrer Verarbeitung
gewonnenen Produkten sowie auf Treibstoffen aus anderen Ausgangsstof-
fen (Mineralölsteuer und Mineralölsteuerzuschlag nach Art. 36(6));
   b. auf Bier; die Gesamtbelastung des Bieres durch die Biersteuer, durch die
Zollzuschläge auf Brauohstoffen und Bier sowie durch die Umsatzsteuer
bleibt, im Verhältnis zum Bierpreis, auf dem Stand vom 31. Dezember 1970;
   c. auf Automobilen und ihren Bestandsteilen; der Gesetzgeber kann die Steuer
auf losen Teilen in die Steuer für Automobile einbeziehen.

II
Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 8
Unter Vorbehalt der Bundesgesetzgebung im Sinne von Artikel 41 ter bleiben die
am 31. Dezember 1990 geltenden Bestimmungen über die direkte Bundessteuer in
Kraft.

Art. 9
1 In Abweichung von Artikel 41 ter Absatz 6 erlässt der Bundesrat die Ausfüh-
 rungsbestimmungen zur Umsatzsteuer nach Artikel 41 ter Absatz 1 Buchstabe a
und Absatz 3, die bis zum Inkrafttreten der Ausführungsgesetzgebung gelten.
2 Für die Ausführungsbestimmungen gelten die folgenden Grundsätze:
   a. Steuerpflichtig sind die Unternehmen für folgende Umsätze (einschließlich
      Eigenverbrauch) im Inland:
      1. Umsatz von Waren, ausgenommen Wasser in Leitungen, Brennholz
         sowie neue erneuerbare Energien (insbesondere Sonnenenergie, Umge-
         bungswärme, geothermische Energie, Biomasse und Biogas sowie
         Windenergie);
      2. gewerbsmässige Arbeiten an Waren, Bauwerken und Grundstücken,
         unter Ausschluss der Bebauung des Bodens für die Urproduktion;
      3. entgeltliche Überlassung von Waren zum Gebrauch oder zur Nutzung;
         Spediteuren;
      5. Architektur- und Ingenieurarbeiten;
      6. Leistungen der Generalunternehmer des Baugewerbes;
7. Überlassen von Arbeitskräften für Leistungen, die der Steuer unterliegen;
8. Leistungen, die der Werbung oder der Bekanntmachung ohne Werbezweck dienen;
9. Abtreten oder Überlassen von Patenten, Marken, Mustern und Modellen und ähnlichen immateriellen Gütern zur Benützung, ausgenommen Urheberrechte an Werken der Literatur und Kunst, soweit sie sich nicht auf Leistungen nach den Ziffern 5 oder 8 beziehen;
10. Messungen, Vermessungen, Untersuchungen, Forschungs- und Entwicklungsarbeiten, die auf die Herstellung von Waren oder Bauwerken oder auf die Schaffung immaterieller Güter nach Ziffer 9 ausgerichtet sind;
11. Beratung, Begutachtung und Vertretung in juristischen, finanziellen, wirtschaftlichen und organisatorischen Belangen; Beurkundung von Rechtsgeschäften einschließlich jener durch Amtsnotare; Vermögensverwaltung; Buchführung für Dritte und Bücherrevision;
12. Leistungen der Datenverarbeitung;
13. gastgewerbliche Leistungen;
14. Leistungen des Coiffeur- und Kosmetikgewerbes;
15. Beförderung von Personen;
16. Leistungen der Reisebüros;

b. der Steuer unterliegen ferner die Einfuhr von Waren sowie die Bezüge von Dienstleistungen aus dem Ausland nach Buchstabe a, falls die Bezüge solcher Dienstleistungen den Betrag von 10 000 Franken jährlich übersteigen;

c. von der Steuerpflicht für die Umsätze im Inland sind ausgenommen:
   1. Unternehmen mit einem jährlichen Gesamtumsatz nach Buchstabe a von nicht mehr als 75 000 Franken; für Wasserkraftwerke kann diese Umsatzgrenze erhöht werden;
   2. Unternehmen mit einem Jahresumsatz nach Buchstabe a bis zu 250 000 Franken, sofern der Steuerbetrag, nach Abzug der Vorsteuer, regelmäßig 4000 Franken pro Jahr nicht übersteigt;
   3. Landwirte, Forstwirte, Gärtner und Weinbauern, die ausschließlich Erzeugnisse aus dem eigenen Betrieb liefern;
   4. Viehhändler;
   5. Kunstmalerei und Bildhauer für die von ihnen persönlich hergestellten Kunstwerke;
d. von der Steuer sind befreit:
   1. die Ausfuhr von Waren und die ins Ausland erbrachten Leistungen;
   2. die mit der Ausfuhr oder Durchfuhr von Waren zusammenhängenden Dienstleistungen;

e. die Steuer beträgt:
   1. 1,9 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr folgender Waren, die der Bundesrat näher umschreiben kann:
      – Ess- und Trinkwaren, ausgenommen alkoholische Getränke,
      – Vieh, Geflügel, Fische,
      – Getreide,
      – Sämereien, Setzknollen und -ziebeln, lebende Pflanzen, Stecklinge, Pfropfreiser sowie Schnitblumen und Zweige, auch zu Sträus- 
        sen, Kränzen und dergleichen gebunden,
      – Futtermittel, Silagesäuren, Streuemittel, Düngemittel und Pflanzen-
        schutzstoffe,
      – Medikamente,
      – Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, ferner andere Druckerzeug- 
        nisse in dem vom Bundesrat zu bestimmenden Ausmass;
   2. 6,2 Prozent auf den Umsätzen und der Einfuhr anderer Waren sowie auf allen übrigen der Steuer unterstellten Leistungen;
   3. 4 Prozent auf den gastgewerblichen Leistungen während fünf Jahren nach Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen zu diesem Be-
        schluss;

f. die Steuer wird berechnet vom Entgelt ohne die auf dem Umsatz geschuldete Steuer; beim Fehlen eines Entgelts sowie bei der Einfuhr ist der Wert der Ware oder Leistung massgebend;

g. verwendet der Steuerpflichtige Waren, Bauwerke, Grundstücke oder Lei-
   stungen für Umsätze nach Buchstabe a im In- oder Ausland, so kann er in seiner Steuerabrechnung als Vorsteuer abziehen:
   1. die von anderen Steuerpflichtigen auf ihn überwälzte oder
   2. die bei der Einfuhr von Waren oder auf dem Bezug von Dienstleistun-
      gen aus dem Ausland entrichtete Steuer; verwendet der Steuerpflichti-
      ge in gleichem Weise Erzeugnisse der Landwirtschaft, Forstwirtschaft,
      Gärtnerei oder des Weinbaus, die er von nicht steuerpflichtigen Unter-
      nehmen nach Buchstabe c Ziffern 3 und 4 bezogen hat, so kann er 1,9 Prozent des Preises als Vorsteuer abziehen;
h. über die Steuer und die Vorsteuer wird in der Regel vierteljährlich abgerechnet;

i. der Bundesrat kann:
1. die freiwillige Unterstellung unter die Steuerpflicht und die freiwillige Versteuerung anderer als in Buchstabe a genannter Umsätze mit Anspruch auf den Vorsteuerabzug für bestimmte Fälle zulassen;
2. für die Besteuerung der Umsätze und der Einfuhr von Waren, die bereits einer fiskalischen Sonderbelastung unterliegen, abweichende Bestimmungen erlassen;
3. für die Besteuerung der Umsätze und der Einfuhr von Münz- und Feingold abweichende Bestimmungen aufstellen;
4. Vereinfachungen anordnen, wenn sich daraus kein wesentlicher Mehrertrag an Steuer, kein namhafter Steuerausfall, keine beachtenswerte Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse und keine übermäßige Erschwerung der Steuerabrechnung für andere Steuerpflichtige ergeben;

k. der Bundesrat kann bestimmen, dass die in Artikel 7 des Bundesgesetzes über das Verwaltungsstrafrecht für die Strafbarkeit der Geschäftsbetriebe vorgesehene Sonderordnung auch auf Fälle anzuwenden ist, in denen eine Busse von mehr als 5000 Franken in Betracht kommt.

3 Der Bundesrat regelt den Übergang von der Warenumsatzsteuer zur neuen Umsatzsteuer. Er kann auch für die erste Zeit nach deren Inkrafttreten den Vorsteuerabzug für Anlagegüter einschränken.

Art. 9bis


2 Der Bundesrat setzt die Biersteuer so fest, dass die Gesamtbelastung des Bieres gemäß Artikel 41ter Absatz 4 Buchstabe b erhalten bleibt.

Art. 9ter

Der Bundesrat bemisst die Tabaksteuer so, dass die am 31. Dezember 1990 bestehende Gesamtbelastung der Tabakfabrikate erhalten bleibt.

Art. 16

Unter Vorbehalt der Änderung durch die Gesetzgebung beträgt der Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen 30 Rappen je Liter.
III

Bis zum Inkrafttreten der Ausführungsbestimmungen dieses Beschlusses bleiben die abzulösenden Bestimmungen der bisherigen Finanzordnung in Kraft.

IV

Dieser Beschluss untersteht der Abstimmung des Volkes und der Stände.

V


2 Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.
Zweite Vorlage:
Revision des Militärstrafgesetzes

Ausgangslage


Argumente der Referendumskomitees

Gegen die Änderung des Militärstrafgesetzes haben zwei Komitees das Referendum ergriffen, die empfehlen, ein «Nein» in die Urne zu legen. **Ein Komitee**, das nach eigenen Angaben aus Militärverweigerer-, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sowie nahestehenden Parteien und Gewerkschaften besteht, hat zirka 52.000 Unterschriften gesammelt und lehnt die Revision aus folgenden Gründen ab:

**Strafe statt Zivildienst: Nein!**
Die Änderung des Militärstrafgesetzes verschlechtert die Situation der Militärverweigerer. Der Grossteil wird weiterhin ins Gefängnis gesteckt. Lediglich eine Minderheit wird zu einem Arbeitsdienst verurteilt.

**Kriminalisierung und Gewissensprüfung bleiben**
- Nach diesem Gesetz werden weiterhin alle Militärverweigerer durch Militärgerichte verurteilt und somit als Kriminelle behandelt.
- Die entwürdigende und unmögliche Prüfung des Gewissens wird in leicht veränderter Form beibehalten.

**Strafverlängerung für ‘Gewissenstäter’**

**Kein Schritt in Richtung eines Zivildienstes**
Die Bestrafung von Militärverweigerern steht im Widerspruch zur Idee der Menschenrechte. Die Änderung des Militärstrafgesetzes geht nicht in Richtung eines Zivildienstes, sondern könnte die laufenden Bestrebungen dazu blockieren.»

Das **zweite Komitee** hat etwa 12.000 Unterschriften eingereicht und begründet seine Opposition wie folgt:


Jeder der drei angeführten Beweggründe recht fertigt für sich allein schon eine Ablehnung der Vorlage durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.»
Der Bundesrat ist der Meinung, dass die Dienstverweigerer-Frage gelöst werden muss. Die Gesetzesrevision ist ein Zwischenschritt in diese Richtung. Zwar wird kein Zivildienst eingeführt; das Dienstverweigerer-Problem soll aber entschärft werden. Der Bundesrat empfiehlt, das revidierte Gesetz aus folgenden Gründen anzunehmen:

**Nicht für alle Verweigerer Gefängnis**

**Achtbare Gründe**

**Arbeitsdienst im öffentlichen Interesse**
Längere Dauer

Kein Eintrag im Strafregister
Anerkannte Dienstverweigerer aus Gewissensgründen sollen künftig nicht mehr im Zentralstrafregister eingetragen werden. Damit wollen Bundesrat und Parlament unterstreichen, dass es ihnen bei der Revision um eine Entkrимinalisierung geht. Für die Zukunft vieler junger Dienstverweigerer kann es ein grosser Vorteil sein, wenn sie nicht in diesem Register verzeichnet sind.

Straflosigkeit für Dienstuntaugliche
Heute werden Dienstverweigerer auch verurteilt, wenn sie dienstuntauglich sind. Dies wird eher als stossend empfunden. Die Revision sieht deshalb vor, die dienstuntauglichen Verweigerer für straflos zu erklären, sofern die Untauglichkeit zur Zeit der Verweigerung bereits bestanden hat.

Zu enge oder zu grosszügige Lösung?
Von gegnerischer Seite wurde vorgebracht, die Revision gehe zu wenig weit und löse das Problem nicht. Diese Kritik übersieht, dass die Vorlage einen rasch vollziehbaren Zwischenschritt anstrebt, der vielen Dienstverweigerern das Gefängnis erspart. Andere Kritiker verweisen auf den in den Abstimmungen geäusserten Volkswillen und behaupten, die verfassungsmässige Wehrpflicht werde durch die Revision ausgehöhlt. Dies trifft jedoch nicht zu; an der Dienstpflicht wird nicht gerüttelt, es werden lediglich die Sanktionen sinnvoller gestaltet.

Aus all diesen Gründen empfehlen Bundesrat und Parlament den Stimm berechtigten, die Revision des Militärstrafgesetzes gutzuheissen.
Abstimmungstext

Militärstrafgesetz
(MStG)

Änderung vom 5. Oktober 1990

I

Das Militärstrafgesetz (MStG) wird wie folgt geändert:

Art. 81 Randtitel und Ziff. 1, 2, 2bis, 3 und 5

1. Wer, in der Absicht, den Militärdienst zu verweigern, einem Aufgebot zur Aushebung oder zum Dienst nicht folgt, wird mit Gefängnis bestraft.

2. Legt der Täter unter Berufung auf ethische Grundwerte glaubhaft dar, dass er den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, so spricht ihn der Richter schuldig und verpflichtet ihn zu einer Arbeitsleistung, die im öffentlichen Interesse liegt.

Der Richter bestimmt die Dauer der Arbeitsleistung. Sie beträgt in der Regel das Anderthalbfache des gesamten verweigerten Militärdienstes, höchstens aber zwei Jahre.

Verweigert der Täter die Arbeitsleistung oder verletzt er die damit verbundenen Pflichten schwer, so hängt der Richter eine Strafe gemäss Ziffer 1. Er kann keine Strafe mehr aussprechen, wenn seit dem Schuldsspruch zehn Jahre verstrichen sind.

Der Richter kann den Täter aus der Armee ausschliessen.

Der Bundesrat regelt die Arbeitsleistung im einzelnen und sichert ihren einheitlichen Vollzug.

2bis. Legt der Täter unter Berufung auf ethische Grundwerte glaubhaft dar, dass er den bewaffneten Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, und erklärt er sich bereit, waffenlosen Militärdienst zu leisten, so spricht ihn der Richter schuldig und weist ihn dem waffenlosen Militärdienst zu.

3. Im aktiven Dienst kann der Richter eine Zuchthausstrafe verhängen.
5. Der Täter bleibt straflos, wenn er dienstuntauglich erklärt wird und die Dienstuntauglichkeit bereits zur Zeit der Dienstverweigerung bestanden hat.

Art. 81a

1. Wer, ohne die Absicht, den Militärdienst zu verweigern, einem Aufgebot zur Aushebung oder zum Dienst nicht folgt, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.
In leichten Fällen wird der Täter disziplinarisch bestraft.
2. Im aktiven Dienst kann der Richter eine Zuchthausstrafe verhängen.
4. Der Täter bleibt straflos, wenn er dienstuntauglich erklärt wird und die Dienstuntauglichkeit bereits zur Zeit der Dienstversäumnis bestanden hat.

Art. 82 Abs. 4

4 Der Täter bleibt straflos, wenn er dienstuntauglich erklärt wird und die Dienstuntauglichkeit bereits zur Zeit der fahrlässigen Dienstversäumnis bestanden hat.

Art. 83 Abs. 1, 2 und 4

1 Wer, in der Absicht, den Militärdienst zu verweigern, eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verlässt oder nach einer rechtmäßigen Abwesenheit nicht mehr zurückkehrt, wird mit Gefängnis bestraft.
Legt der Täter unter Berufung auf ethische Grundwerte glaubhaft dar, dass er den Militärdienst mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, so wird er gemäss Artikel 81 Ziffer 2 beurteilt. Erklärt er sich bereit, waffenlosen Militärdienst zu leisten, so ist Artikel 81 Ziffer 2bis anwendbar.
2 Im aktiven Dienst kann der Richter eine Zuchthausstrafe verhängen.
4 Der Täter bleibt straflos, wenn er dienstuntauglich erklärt wird und die Dienstuntauglichkeit bereits zur Zeit des Ausreissens bestanden hat.

Art. 84 Abs. 4

4 Der Täter bleibt straflos, wenn er dienstuntauglich erklärt wird und die Dienstuntauglichkeit bereits zur Zeit der unerlaubten Entfernung bestanden hat.

Art. 226

Die Verpflichtung zur Arbeitsleistung oder die Zuweisung zum waffenlosen Militärdienst gemäss Artikel 81 Ziffern 2 oder 2bis sowie Disziplinarstrafen werden nicht in die Strafregister eingetragen. Im übrigen gelten die Artikel 359-364 des Schweizerischen Strafgesetzbuches.

Art. 236a


II

1 Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.
2 Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.
Bundesrat und Parlament empfehlen den Stimmberechtigten, am 2. Juni 1991 aus den dargelegten Gründen wie folgt zu stimmen:

- JA zum Bundesbeschluss über die Neuordnung der Bundesfinanzen

- JA zur Änderung des Militärstrafgesetzes